

VORTRAG

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CADENABBIA

PROF. DR.
MARTIN RHONHEIMER

September 2017

[Politisches Bildungsforum](#)
[Bundesstadt Bonn](#)

Christentum, Islam und Europa: Welche Leitkultur braucht der säkulare Rechtsstaat?

Zusammenfassung

Der Islam ist eine Religion, die sich nicht nur als Offenbarungsglaube, kultische Praxis und ethisches Normgefüge, sondern ganz wesentlich auch als politische, rechtliche und soziale Ordnung versteht. Insofern erscheint der Islam – gerade als Religion – mit der politischen Kultur des freiheitlichen, säkularen Rechtsstaates nicht nur unvereinbar, sondern auch nicht in ihn integrierbar. Mögliche Gefahr ist ein Dauerkonflikt, der unser Rechtssystem und den gesellschaftlichen Zusammenhalt einer ständigen Zerreißprobe aussetzt.

Ein solches Szenario wünscht sich niemand, schon gar nicht Muslime, die hierhergekommen sind, weil sie ein besseres Leben suchten und die Vorzüge unserer westlichen Zivilisation, in der es Freiheit und Wohlstand gibt, anerkennen und schätzen. Wie die Dinge sich jedoch für die große – und durch zu erwartenden Familiennachzug und Nachkommenschaft sich in Zukunft vervielfachende – Masse muslimischer Immigranten und Flüchtlinge entwickeln werden und welche Rückwirkungen das auf bereits seit mehr als einer Generation hier lebender Einwanderergruppen haben wird, ist nicht vorhersehbar. Integration ist nicht nur ein Angebot des Einwanderungslandes, sondern beruht vor allem auf eigenem Integrationswillen sowie der Anstrengung und Leistung des Immigranten, insbesondere seinem Wunsch nach Integration. Dies verlangt die Assimilation an die gemeinsamen politischen Werte des demokratischen Rechtsstaates, nicht aber vollständige Verleugnung der Herkunftskultur.

Das politisch-religiöse Selbstverständnis des Islam, und zwar nicht nur jenes seiner extremen Spielarten, sondern auch das Selbstverständnis seiner ‚Normalform‘, wie sie unter dem Schutzmantel westlicher Religionsfreiheit in Koranschulen und generell im Rahmen muslimischer religiöser Sozialisation gepflegt und an kommende Generationen tradiert wird, besitzt jedoch eine strukturelle Inkompatibilität mit dem Wesen des säkularen Rechtsstaates und einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Das ist eine nicht zu unterschätzende Herausforderung.

Manche sind der Meinung, um dieser Herausforderung zu begegnen, müsse die christliche Identität unserer Wertordnung hervorgehoben und als christliche Leitkultur auch für Immigranten normativ sein. Andere widersprechen dem: Der freiheitliche säkulare Rechtsstaat sei ein Produkt der Aufklärung, deren Losung Toleranz und Vielfalt ist. Deshalb weisen sie aus prinzipiellen Gründen die Forderung nach einer ‚Leitkultur‘ zurück.

In der Tat ist der freiheitliche säkulare Rechtsstaat ein Produkt der Aufklärung – im weitesten Wortsinne verstanden; er hat aber seine Wurzeln gerade deshalb im Christentum, weil die Aufklärung selbst eine reife Frucht einer durch das Christentum geprägten Zivilisationseiner und seiner Reflexionskultur. Entscheidendes Merkmal der europäischen Geistesgeschichte war das stete, wenn auch spannungsvolle und konfliktreiche Bestreben, Glaube und Vernunft in Einklang zu bringen. Ein solches Bestreben hatte es zunächst auch in der islamischen Welt gegeben, doch verliefen dort die Dinge schließlich in entgegengesetzter Richtung. Eine dem Koran sowie der Tradition seiner Auslegung eigene, letztlich vernunftfeindliche Haltung gewann schließlich die Oberhand. Der Islam entwickelte sich damit zu einer Antithese zu den in die politische und wissenschaftliche Moderne führenden zivilisationsprägenden Merkmalen des Christentums.

Daraus lässt sich aber nicht auf die Notwendigkeit einer „christlichen Leitkultur“ schließen. Aber auch die falsche Toleranz bloßer Beliebigkeit, die sich zu Unrecht auf die Aufklärung beruft, ist hier fehl am Platze. Was der freiheitliche säkulare Rechtsstaat von seinen Bürgern verlangt, ist nicht die Zustimmung zu einer bestimmten Kultur und ihren nationalen oder religiösen Traditionen, auch keine bestimmte Gesinnung, sondern die Einhaltung von Gesetzen und Regeln des Zusammenlebens. Deshalb erwartet er auch kein Bekenntnis zu den nationalen oder religiösen Grundlagen und Werten, die diese Regeln hervorbrachten – schon gar nicht eine entsprechende öffentliche und rechtlich verbindliche ‚christliche‘ Staatsdoktrin. Insofern schließt die Anerkennung des säkularen und liberalen Rechtsstaates auch die Offenheit für die evolutorische Weiterentwicklung von Kultur und Gesellschaft durch Kräfte ein, die dieser Staat selber nicht kontrollieren kann, weil diese Kräfte gerade durch jene Freiheit ermöglicht werden, die zu schützen seine Aufgabe ist. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer weder nationalen noch christli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

CADENABBIA

PROF. DR.
MARTIN RHONHEIMER

[Politisches Bildungsforum](#)
[Bundesstadt Bonn](#)

chen, sondern vielmehr säkularen, freiheitlichen „Leitkultur“, die gegenüber allen Bürgern jeder Religion und kulturellen Prägung durch die Rechtsordnung durchzusetzen ist.

Der Islam ist allerdings eine im eigentlichen Sinne „politische Religion“. Im Unterschied zum Christentum erhebt er gerade als Religion den umfassenden Anspruch, auch eine politische, soziale und rechtliche Ordnung zu sein. Will sich der Islam in die säkulare westliche Gesellschaft integrieren, muss er also gerade sein Selbstverständnis als Religion verändern. Das westliche Verständnis von Religionsfreiheit unterstellt nämlich ein christliches Verständnis von Religion, dem wesentlich ist, Religion von Politik und weltlichem Recht zu unterscheiden und auch institutionell zu trennen.

Ein entpolitisierte „europäische“ Islam könnte gegenüber der Gefahr eines sich in den westlichen Gesellschaften ausbreitenden religionsfeindlichen Säkularismus eine konstruktive Rolle spielen. Eine solche zu übernehmen, würde zwar seinem Gründungscharisma und allen Erfahrungen der Geschichte widersprechen, aber gerade darauf ist ja zu hoffen: dass der Islam, in die westliche Welt integriert, sich wandelt und zu einer Religion wird, die ihren Anspruch, gleichzeitig umfassende rechtliche, soziale und politische Ordnung zu sein, aufgibt. Auch die katholische Kirche musste mit der Aufgabe ihrer Lehre von der „potestas indirecta“ und entsprechender Ansprüche historischen Ballast abwerfen, allerdings, und das ist der entscheidende Unterschied, nicht im Widerspruch zu ihrem Gründungscharisma, sondern im Einklang mit ihm und in Rückbesinnung auf das Herrenwort: „Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser, und Gott, was Gott gehört“. Ob es dem in Europa präsenten Islam gelingen wird, einen ähnlichen Prozess durchzumachen und den genuin christlichen Dualismus von Politik und Religion – von weltlicher und geistlicher Gewalt – zu akzeptieren, ist die große Frage.

Der vollständige Text wurde publiziert in:

[Internationale Katholische Zeitschrift COMMUNIO, 46 \(2017\), Heft 2, 123–139](#)